Mit Unterstützung ausländischer Mächte haben sich die sudanesischen Streitkräfte (SAF) und die Rapid Support Forces (RSF) in einen blutigen Krieg verstrickt, der verheerende Folgen für die Bevölkerung hat. Mit mehr als einem Viertel der Bevölkerung auf der Flucht, zahlreichen dokumentierten Kriegsverbrechen und weit verbreiteter Hungersnot ist das Land mit unvorstellbarer Gewalt und Not konfrontiert, während ein Großteil der Welt schweigt. Es gibt einen Weg, den Krieg zu beenden, aber es fehlt der politische Wille, ihn durchzusetzen. Von **Vijay Prashad**.

Liebe Freunde,

Grüße vom Schreibtisch des Tricontinental: Institute for Social Research.

Anfang November sprach der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, über die „schreckliche Krise im Sudan, die außer Kontrolle gerät“. Er rief die Kriegsparteien dazu auf, „diesem Albtraum der Gewalt ein Ende zu setzen – jetzt“.

Es gibt einen Weg, den Krieg zu beenden, aber es fehlt ganz einfach der politische Wille, ihn durchzusetzen.

Im Mai 2025 berichteten wir über die Geschichte des Konflikts. Im Jahr 2019 erläuterten wir den Aufstand, der in diesem Jahr stattfand, und seine Folgen. Jetzt veröffentlichen Tricontinental: Institut für Sozialforschung, die Internationale Volksversammlung und Pan Africanism Today den Roten Alarm Nr. 21 über die Notwendigkeit des Friedens im Sudan.

Wie sieht die Realität vor Ort im Sudan aus?

Am 15. April 2023 brach ein Krieg aus zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) – angeführt vom Vorsitzenden des militärischen Übergangsrats, General Abdel Fattah al-Burhan – und den Rapid Support Forces (RSF) – angeführt von Generalleutnant Mohamed „Hemedti” Hamdan Dagalo.

Seitdem führen die beiden Seiten, unterstützt von verschiedenen Regierungen außerhalb des Sudan, einen schrecklichen Zermürbungskrieg, in dem Zivilisten die Hauptopfer sind.

Es ist unmöglich zu sagen, wie viele Menschen ums Leben gekommen sind, aber es ist klar, dass die Zahl der Todesopfer sehr hoch ist. Einer Schätzung zufolge betrug die Zahl der Opfer allein zwischen April 2023 und Juni 2024 bis zu 150.000. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen haben bereits zahlreiche von beiden Seiten begangene Verbrechen gegen die Menschheit dokumentiert.

Mindestens 14,5 Millionen Sudanesen von insgesamt 51 Millionen Einwohnern sind vertrieben worden. Die Menschen, die in dem Gürtel zwischen El Fasher in Nord-Darfur und Kadugli in Süd-Kordofan leben, leiden unter akutem Hunger und Hungersnot. Eine kürzlich durchgeführte Analyse der Vereinten Nationen (IPC) ergab, dass rund 21,2 Millionen Sudanesen – 45 Prozent der Bevölkerung – von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind. 375.000 Menschen im ganzen Land leiden unter „katastrophaler" Hungersnot, das heißt, sie stehen am Rande des Hungertodes.

Seit Kriegsbeginn suchten Hunderttausende Binnenvertriebene Zuflucht in El Fasher, das damals weitgehend von der SAF kontrolliert wurde. Im Oktober 2025 waren noch etwa 260.000 Zivilisten dort, als die RSF den Widerstand brach, in die Stadt vordrang und eine Reihe von dokumentierten Massakern verübte. Unter den Getöteten befanden sich auch 460 Patienten und ihre Begleiter in der saudischen Entbindungsklinik.

Der Fall der Stadt bedeutet, dass die RSF nun weitgehend die Kontrolle über die ausgedehnte Provinz Darfur hat, während die SAF einen Großteil des Ostens des Sudan – einschließlich Port Sudan, dem Zugang des Landes zum Meer und zum internationalen Handel – sowie die Hauptstadt Khartum kontrolliert.

Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine Deeskalation.

Warum kämpfen die SAF und die RSF gegeneinander?

Kein Krieg dieser Dimension hat nur einen einzigen Grund. Der politische Grund ist indes einfach: Es handelt sich um eine Konterrevolution gegen den Volksaufstand von 2019, dem es gelang, Präsident Omar al-Bashir zu stürzen. Dieser regierte seit 1993 und seine letzten Jahre an der Macht waren von steigender Inflation und einer sozialen Krise geprägt.

Die linken und Volkskräfte hinter dem Aufstand von 2019 – darunter die Sudanesische Kommunistische Partei, die Nationalen Konsenskräfte, die Sudanesische Berufsvereinigung, die Sudanesische revolutionäre Front, die Frauen sudanesischer zivilgesellschaftlicher und politischer Gruppen sowie viele lokale Widerstands- und Nachbarschaftskomitees – zwangen das Militär, sich bereit zu erklären, den Übergang zu einer zivilen Regierung zu überwachen.

Mit Unterstützung der Afrikanischen Union wurde der Übergangs-Souveränitätsrat eingerichtet, zusammengesetzt aus fünf militärischen und sechs zivilen Mitgliedern. Abdalla Hamdok wurde zum Premierminister und Richter Nemat Abdullah Khair zum Obersten Richter ernannt. Al-Burhan (SAF) und Hemedti (RSF) gehörten ebenfalls dem Rat an.

Die militärisch-zivile Regierung ruinierte die Wirtschaft weiter, indem sie den Wechselkurs freigab und den Staat privatisierte, wodurch der Goldschmuggel lukrativer und die RSF gestärkt wurde. (Diese Regierung unterzeichnete auch die Abraham-Abkommen, die die Beziehungen zu Israel normalisierten.)

Die Maßnahmen der militärisch-zivilen Regierung verschärften die Bedingungen für den Kampf um die Macht (Kontrolle über den Sicherheitsstaat) und den Reichtum (Kontrolle über den Goldhandel).

Trotz ihrer Rollen im Rat versuchten al-Burhan und Hemedti mehrere Putschversuche, bis sie schließlich 2021 erfolgreich waren. Nachdem sie die Zivilisten beiseite geschoben hatten, gingen die beiden Militärführer gegeneinander vor.

Die Offiziere der SAF wollten ihre Kontrolle über den Staatsapparat behalten, der 2019 82 Prozent der Haushaltsmittel des Staates verschlang, wie Premierminister Abdalla Hamdok 2020 bestätigte. Sie bemühten sich auch, die Kontrolle über die staatlichen Unternehmen zu behalten, indem sie mehr als 200 Unternehmen über Einrichtungen wie das von der SAF kontrollierte Defence Industries System (geschätzte Jahreseinnahmen von 2 Milliarden US-Dollar) betrieben und sich einen bedeutenden Anteil der formellen Wirtschaft des Sudan in den Bereichen Bergbau, Telekommunikation und Import-Export-Rohstoffhandel aneigneten.

Die RSF – die ihre Wurzeln in der Miliz Janja'wid hat – versuchte, die autonome Kriegswirtschaft zu nutzen, die sich um die Al Junaid Multi-Activities Corporation konzentriert, die wichtige Goldfördergebiete in Darfur und etwa ein halbes Dutzend Bergbaustandorte kontrolliert. Da 50 bis 80 Prozent (Stand: 2022) der gesamten Goldproduktion des Sudan geschmuggelt werden – hauptsächlich in die Vereinigten Arabischen Emirate – und nicht offiziell exportiert werden, und da die RSF die Produktion in den handwerklichen Bergbaugebieten im Westen des Sudan (die 80 bis 85 Prozent der Gesamtproduktion ausmachen) dominiert, erbeutet die RSF jedes Jahr riesige Summen aus den Goldeinnahmen. Im Jahr 2024 waren es geschätzt 860 Millionen US-Dollar allein aus den Minen in Darfur.

Zu diesen politischen und materiellen Konflikten kommen ökologische Probleme, die die Krise noch verschärfen.

Mit ein Grund für den langwierigen Konflikt in Darfur ist die Austrocknung der Sahelzone. Seit Jahrzehnten haben unregelmäßige Niederschläge und Hitzewellen aufgrund der Klimakatastrophe die Wüste nach Süden ausgedehnt, wodurch Wasserressourcen zu Konflikten und Zusammenstößen zwischen Nomaden und sesshaften Bauern führten.

Die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung lebt heute in akuter Ernährungsunsicherheit.

Das Versäumnis, einen Wirtschaftsplan für eine Bevölkerung zu erstellen, die von raschen Veränderungen der Wetterverhältnisse heimgesucht wird – zusammen mit dem Raub von Ressourcen durch eine kleine Elite –, macht den Sudan anfällig für anhaltende Konflikte.

Dies ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei starken Persönlichkeiten, sondern ein Kampf um die Umwandlung von Ressourcen und deren Plünderung durch ausländische Mächte. Ein Waffenstillstandsabkommen liegt wieder auf dem Tisch, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es akzeptiert oder eingehalten wird, ist sehr gering, solange die Ressourcen für die verschiedenen bewaffneten Gruppen der begehrte Preis bleiben.

Welche Möglichkeiten für Frieden gibt es im Sudan?

Ein Weg zum Frieden im Sudan würde sechs Elemente erfordern:

1. Eine sofortige, beaufsichtigte Waffenruhe, die die Einrichtung von humanitären Korridoren für den Transport von Lebensmitteln und Medikamenten umfasst. Diese Korridore würden unter der Leitung der Widerstandskomitees stehen, die über die demokratische Glaubwürdigkeit und die Netzwerke verfügen, um Hilfe direkt zu den Bedürftigen zu bringen.
2. Ein Ende der Kriegsökonomie, insbesondere die Schließung der Gold- und Waffenpipelines. Dies würde bedeuten, strenge Strafen gegen den Verkauf von Waffen und den Kauf von Gold durch die Vereinigten Arabischen Emirate zu verhängen, bis diese alle Beziehungen zur RSF abbrechen. Auch Exportkontrollen müssen in Port Sudan eingeführt werden.
3. Die sichere Rückkehr politischer Exilanten und der Beginn eines Prozesses zum Wiederaufbau politischer Institutionen unter einer zivilen Regierung, die von den Volkskräften – hauptsächlich den Widerstandskomitees – gewählt oder unterstützt wird. Der SAF müssen ihre politischen Macht und ihre Vermögenswerte entzogen und der Regierung unterstellt werden. Die RSF muss entwaffnet und demobilisiert werden.
4. Der sofortige Wiederaufbau der höheren Justiz des Sudan, um die für Gräueltaten Verantwortlichen zu ermitteln und strafrechtlich zu verfolgen.
5. Die sofortige Schaffung eines Prozesses der Rechenschaftspflicht, der die Strafverfolgung von Warlords durch ein ordnungsgemäß konstituiertes Gericht im Sudan beinhaltet.
6. Der sofortige Wiederaufbau der sudanesischen Planungskommission und des Finanzministeriums, um Überschüsse aus Exporten in öffentliche Güter und soziale Sicherungssysteme umzuleiten.

Diese sechs Punkte nehmen Bezug auf die drei Säulen der Afrikanischen Union und der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) in ihrem gemeinsamen Aktionsplan zur Lösung des Konflikts im Sudan (2023).

Die Schwierigkeit bei diesem Aktionsplan – wie auch bei ähnlichen Vorschlägen – besteht darin, dass er von Gebern abhängt, darunter auch Akteuren, die in die Gewalt verwickelt sind. Damit diese sechs Punkte realisiert werden können, müssen externe Mächte unter Druck gesetzt werden, ihre Unterstützung für die SAF und die RSF einzustellen. Dazu gehören Ägypten, die Europäische Union, Katar, Russland, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA.

Außerdem bezieht weder dieser Aktionsplan noch die Jeddah-Erklärung[*] sudanesische zivile Gruppen ein, am wenigsten die Widerstandskomitees.

Mit herzlichen Grüßen,
Vijay

Dieser Beitrag ist der 55. Newsletter des Tricontinental: Institute for Social Research. Aus dem Englischen übersetzt von **Marta Andujo**.

Titelbild: JoaoCachapa / Shutterstock

Mehr zum Thema:

Israel, Sudan, Trumps Wiederwahl und das Ende der Welt

US-Regime-Change Pläne für Venezuela: Fünf Szenarien

Stimmen aus dem Globalen Süden: „Was befürchtet ihr, dass die Ultrarechte tun wird, was ihr noch nicht selbst getan habt?“

Stimmen aus dem Globalen Süden: 92 Prozent aller Zahlungen für geistiges Eigentum landen im Globalen Norden

[«*] Ein 2023 von Saudi-Arabien und den USA vermitteltes Abkommen zwischen SAF und RSF, das sich auf kurze Waffenstillstände und humanitären Zugang konzentriert